

Aktuelle Studie von ACT Alliance und CIDSE:

Politisches und menschenrechtliches Engagement und Partizipation von Zivilgesellschaft müssen weltweit ermöglicht und gestärkt werden

Auf der ganzen Welt wird zivilgesellschaftliches Engagement immer riskanter und wird durch immer mehr Einschränkungen bedroht. Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen, Mitarbeitende und Ehrenamtliche von Vereinen, sozialen Bewegungen, Basisorganisationen und Nichtregierungsorganisationen, die soziale Ungerechtigkeiten anprangern, setzen oft ihr eigenes Leben aufs Spiel. In Ländern, in denen Menschenrechte tagtäglich verweigert werden, sind diese Menschen oft die einzigen, die den Mut haben, ihre Regierungen aufzufordern, Grundrechte und -freiheiten einzuhalten, die allen Menschen zustehen. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Analyse, die ACT Alliance, das kirchliche Netzwerk aus 130 Nichtregierungsorganisationen und CIDSE, die Vereinigung von 18 katholischen Hilfswerken, im März in Genf vorgestellt haben. Brot für die Welt und die Diakonie Katastrophenhilfe sind Mitglieder der ACT Alliance.

Forschung in Kolumbien, Malawi, Ruanda und Simbabwe

ACT Alliance und CIDSE haben diesen Trend gegen politisches Engagement und Partizipation durch ihre Mitglieder und ihre Arbeit in betroffenen Ländern seit Jahren beobachtet und analysiert. Beide Netzwerke haben unabhängig voneinander in den letzten Jahren Studien zu diesem Thema betrieben und publiziert: „Shrinking Political Space for Civil Society Action“ (2011) and “Democracy in Action: Protecting Civil Society Space” (2012). Im Jahr 2013 beschlossen sie, ein gemeinsames Forschungsvorhaben in Kolumbien, Malawi, Ruanda und Simbabwe, für das mehr als 100 Repräsentantinnen und Repräsentanten lokaler kirchlicher und säkulare Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen befragt wurden.

Ziel war es zu untersuchen, wie diese Organisationen die Entwicklungen ihrer Handlungsräume von 2009 bis 2013 selbst sehen und welche Strategien sie anwenden, um ihre Handlungsräume und Partizipationsmöglichkeiten zu erhalten und zu erweitern. Die Ergebnisse wurden im Frühjahr 2014 als Studie "*Space for Civil Society. How to Protect an Expand and Enabling Environment*" veröffentlicht.

Keine echte Partizipation

Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser gemeinsamen Analyse ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen beachtliche Einschränkungen erfahren, v.a. wenn sie Regierungspolitik und -handeln kritisch beobachten. In allen vier Ländern waren die Regierungen nicht fähig, ihren Verpflichtungen nachzukommen, die Handlungsräume der Zivilgesellschaft wirkungsvoll zu schützen und zivilgesellschaftliche Organisationen in sinnvoller Weise in die Gestaltung von Entwicklungsplänen einzubeziehen. In Malawi wurde zwar von Verbesserungen berichtet, jedoch lassen die bisherigen Erfahrungen vermuten, dass die Veränderungen nicht grundlegend sind. Die Art und Weise, wie Zivilgesellschaft eingeschränkt wird, variiert von Land zu Land. Die wichtigsten Tendenzen sind hier zusammengefasst:

1. Keine Beteiligung bei Entscheidungen, die Entwicklungspläne und -politik betreffen

Eine der wichtigsten Erkenntnisse, die sich aus der Befragung ergeben hat, ist wie wenig die befragten zivilgesellschaftlichen Organisationen sich in die Gestaltung und Ausführung von Entwicklungsplänen einbezogen fühlen und wie wenig sich die jeweilige Regierungsseite bemüht, Zivilgesellschaft und Gemeinden in diese Entscheidungen einzubeziehen. Die Studie zeigt auf, dass Entwicklung „von oben“ aufgezwungen wird. Wenn Stimmen und Perspektiven der Basis auf diese Weise ausgeschlossen werden, werden Entwicklungsbemühungen vermutlich nur schwache und kurzlebige Ergebnisse liefern.

2. Gefühl der Unsicherheit und Stigmatisierung

Viele Menschen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen in den untersuchten Ländern sehen sich häufig oder immer Gefahren ausgesetzt. Organisationen in ländlichen Gegenden fühlen sich meist gefährdeter als ihre Pendanten in den großen Städten. In fast allen Ländern befürchteten die Befragten, dass die Bezeichnung „politische Opposition“ oder „parteiischer Akteur“, ihre Meinungsfreiheit einschränken würde. Dies würde teilweise auch zu Selbstzensur führen. Wegen Mobilisierung und Engagement gegen traditionelle kulturelle und religiöse Normen, die Menschenrechte unterminieren, werden zivilgesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter stigmatisiert und kriminalisiert. Schutzmechanismen für diejenigen, die sich in der Verteidigung von Menschenrechten engagieren, werden auf der Ebene der Länder als zu reaktiv gesehen. Langfristige und institutionalisierte Strategien bleiben die Ausnahme. Eine unabhängige Justiz spielt eine bedeutende Rolle, um Handlungsräume für die Zivilgesellschaft zu bewahren und juristisch zu verteidigen.

3. Einschränkung der Versammlungsfreiheit

In fast allen Ländern, die die Studie untersucht hat, wird die Versammlungsfreiheit immer mehr eingeschränkt. In einigen Ländern werden friedliche Versammlungen von den Befragten nicht einmal als bloße Möglichkeit der politischen Meinungsäußerung in Betracht gezogen. Diese Entwicklung ist sehr besorgniserregend, denn diese Studie hat noch einmal bekräftigt, wie bedeutend friedlicher Protest ist, um öffentliche Unzufriedenheit auszudrücken und sich für Reformen stark machen zu können.

4. Beschränkung und Ausschluss von finanzieller Förderung

Auch die Reduzierung und Einschränkungen beim Zugang zu finanzieller Förderung tragen dazu bei, dass der Handlungsrahmen der Zivilgesellschaft kleiner wird. Diejenigen, die sich für die Menschenrechte von anderen oder andere sensible Themen im politischen Prozess einmischen, betreffen diese Restriktionen stärker als andere. Einige Organisationen berichteten, dass Geberrichtlinien und fremdbestimmte Prioritäten dafür sorgen können, dass Zivilgesellschaft häufig ihre ursprünglichen Kernaufgaben vernachlässigt. Das kann dazu führen, dass ihre enge Bindung und Verantwortlichkeit gegenüber den Benachteiligten, für die sie sich einsetzen, sowie ihre Legitimation leiden. Die Befragten sahen diese Tendenz v.a. auch in Verbindung zur Agenda für die Effizienz von Hilfe und Entwicklung. Sie zeigten sich besorgt, dass sich die Rolle und Aufgaben der Zivilgesellschaft dadurch verengen würden. So würden sie dazu gezwungen, reine Dienstleister in der Umsetzung von Entwicklungsplänen zu sein, anstatt ihrer anerkannten Rolle als eigenständige Entwicklungsakteure gerecht zu werden. Zusätzlich lassen vor allem die Verquickung zweier Faktoren die Zukunft kritischen Engagements und zivilgesellschaftlicher Kontrolle unsicher erscheinen:

1. die internationale Finanzkrise,
2. die Tendenz, dass immer mehr Staaten die finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem Ausland verbieten.

Um die verschiedenen Herausforderungen geringer werdender finanzieller Ressourcen zu meistern, haben einige Organisationen unabhängige Einnahmequellen erschlossen.

Jedoch bleiben solche Einnahmen schwer zu realisieren und in der Summe ungenügend, besonders in den Ländern, in denen Menschenrechtsverletzungen weit verbreitet sind und kritisches Engagement in der Öffentlichkeit diffamiert wird.

5. Begrenzende Gesetzgebung

Gesetze und Gesetzesänderungen, die die Aktivitäten von Zivilgesellschaft regulieren, führen zu immer mehr Restriktionen und beeinträchtigen ernsthaft die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen in immer mehr Ländern. Einige Länder führen Verwaltungsprozesse ein, die entweder unverhältnismäßig teuer oder aufwändig sind oder Organisationen dazu zwingen, ihre Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen. Besonders für kleinere Organisationen sind ihre Kapazität und Arbeitsfähigkeit für ihre Beziehungen zur Regierung, ihren Zugang zu finanzieller Förderung und ihre Lobbyarbeit bestimmend.

Empfehlungen von ACT Alliance und CIDSE

Die folgenden Empfehlungen der ACT Alliance und CIDSE basieren zum Einen auf den Befragungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen für die oben genannte Studie, zum Anderen auf einer mehrtägigen Konsultation mit einer Vielzahl von afrikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und mehr als 90 Teilnehmenden, die im November 2013 in Malawi stattfand.

Empfehlungen an die Vereinten Nationen

Weitere inhaltliche Klärung des Rechts auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Diese sollte durch die bekannten UN-Instrumente wie Allgemeine Aussprachen (General Discussions), Richtlinien (Guidelines), Allgemeine Kommentare der Menschenrechtsausschüsse der Vereinten Nationen (General Comments) etc. geschehen.

Beobachtung und Analyse der Wirkung der international vereinbarten Agenden der Hilfs- und Entwicklungseffizienz auf das Recht auf Partizipation und auf das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

Empfehlungen an die Geber

Verstärkung des Schutzes für zivilgesellschaftliche Organisationen und für diejenigen, die Menschenrechte verteidigen und deren Sicherheit gefährdet ist; Unterstützung, damit sie sich selbst und ihre Organisationen besser schützen und Stress besser bewältigen können.

Regelmäßige Kontextanalysen und Konsultation mit einem breiten Spektrum von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die verschiedene Interessen vertreten, auch unter Berücksichtigung der EU „Roadmaps“ für Zivilgesellschaft (nationale Strategien der Europäischen Union für eine strukturierte, stärker strategisch ausgerichtete Kooperation mit der Zivilgesellschaft in den einzelnen Partnerländern). Dies würde zu wirkungsvollerem Arbeiten mit der Zivilgesellschaft bei Planungsprozessen vor Ort beitragen.

Überprüfung der international vereinbarten Agenden der Hilfs- und Entwicklungseffizienz, um zu untersuchen, wie diese entweder Möglichkeiten bietet, um Zivilgesellschaft in Entwicklungsprozesse einzubeziehen bzw. wie diese die Rolle einer unabhängigen Zivilgesellschaft beschneidet.

Förderung der Analysefähigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen, um relevante Informationen bzgl. ihrer Programme und Gemeinschaften besser in nationale Politik- und Planungsprozesse einbringen zu können und um Regierungspolitik und -handeln besser kontrollieren zu können.

Unterstützung von Lernen und Erfahrungsaustausch über formale Mechanismen von Partizipation, Dialog und anderen Möglichkeiten, um Veränderungen zu beeinflussen. Stärkung der Fähigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen, unabhängig zu handeln. Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und ihren Gebern sollten auf Augenhöhe sein und auf dem Prinzip der Gleichheit basieren.

Überprüfung von gegenwärtigen Anforderungen zur Planung und Berichterstattung. Falls nötig, sollten diese angepasst werden, damit zivilgesellschaftliche Organisationen die Interessen und Belange ihrer Basis vertreten können. Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht von zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte in erster Linie gegenüber ihrer Basis bestehen.

Empfehlungen an die nationalen Regierungen

Aufhebung oder Änderung aller repressiven Gesetze, die Aktivitäten von Zivilgesellschaft beschränken, damit Unabhängigkeit, Partizipation und Freiheiten, die durch internationale Menschenrechte garantiert sind, gewahrt bleiben.

Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in die Gestaltung und Umsetzung von Entwicklungsplänen. Insbesondere indigene und andere benachteiligte Gruppen der Gesellschaft sollten fähig sein, sich auf bedeutungsvolle Weise in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und bei allen Entscheidungen konsultiert werden, die sie betreffen. Dabei sollten die Prinzipien der freien, vorab durchgeführten und auf Informationen basierenden Zustimmung angewandt werden.

Schutz der Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Einschüchterung, Schikanen oder Angriffen, wenn diese ihren legitimen und öffentlichen Aufgaben nachgehen. Gewährleistung des Rechts auf Versammlungsfreiheit und die effiziente Ermittlung und Ahndung von Angriffen und Repression gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und diejenigen, die Menschenrechte verteidigen.

Maßnahmen zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, damit diese lokale und unabhängige Einnahmequellen generieren können (z.B. durch Steuernachlässe, Ausgleichszahlungen), sowie Anreize für private Spender und Stiftungen, Zivilgesellschaft finanziell zu fördern.

Empfehlungen an zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen

Aufbau von Allianzen zwischen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen zum Schutz des Handlungsraums der Zivilgesellschaft.

Brücken schlagen zwischen denjenigen, die zu Entwicklung und denjenigen, die zu Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit arbeiten.

Analysefähigkeiten auf- und ausbauen, um Informationen von Betroffenen und anderen besser nutzen zu können. Informationen und Wissen kanalisieren, um nationale Politik- und Planungsprozesse wirkungsvoll beeinflussen zu können.

Verantwortlichkeit gegenüber Betroffenen und Gemeinschaften sicherstellen und mit diesen engen Kontakt und Austausch pflegen. Einsatz von partizipativen Lehrmethoden („Bildung von unten“), die wirkliche Partizipation und Befähigung von Männern, Frauen und Kindern fördern.

Gemeinsame Stärkung von Schutz- und Sicherheitsmechanismen für gefährdete zivilgesellschaftliche Aktivisten und Aktivistinnen. Dabei sollten v.a. diejenigen berücksichtigt werden, die sich für Frauenrechte, sexuelle Minderheiten, indigene Gruppen und marginalisierte Gruppen einsetzen.

Engl. Langfassung der Studie unter

<http://www.actalliance.org/resources/publications/Space%20for%20civil%20society.pdf>